



Goch, 19.01.2021

**Gemeinsamer Antrag der Fraktionen Bürgerforum Goch e. V. (BFG), Bündnis 90/Die Grünen und Freie Demokratische Partei Goch (FDP) zur Überprüfung der finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen zur Einrichtung eines „Ehrenamtsportals“ in Goch**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Knickrehm,

die Stadt Goch profitiert, wie viele andere Städte auch, von den Menschen, die ehrenamtlich tätig sind. Ohne diese Bereitschaft, wäre das soziale Leben und der Zusammenhalt innerhalb einer Stadt kaum möglich.

Die o. g. drei Fraktionen sprechen sich daher dafür aus, ein sogenanntes Ehrenamtsportal ins Leben zu rufen.

Wer sich ehrenamtlich engagieren möchte, kennt oft nicht die vielen Möglichkeiten oder die konkreten Ansprechpartner, um den richtigen Anschluss zu finden. Zudem eröffnet das Ehrenamtsportal auch Initiativen, Vereinen und Verbänden die Möglichkeit, selbst Tätigkeitsbereiche für einen potenziellen Ehrenamtler zu beschreiben.

Menschen die sich ehrenamtlich engagieren oder sich einfach über das vorhandene breite Spektrum an Angeboten in den Bereichen, Sport, Soziales, Vereine und Kultur, etc. informieren wollen, können dies sehr einfach über ein derartiges (zentrales) Portal machen. Darüber hinaus, haben sämtliche Vereine, Hilfsorganisationen oder Institutionen die Möglichkeit sich selber, ihre Angebote und die entsprechenden Ansprechpartner auf dieser Plattform zu präsentieren.

An dieser Stelle soll auf wenige, nicht abschließende Beispiele aus anderen Kommunen hingewiesen werden:

<https://www.darmstadtimherzen.de/ehrenamtsportal/>

[http://www.aachen.de/DE/stadt\\_buerger/gesellschaft\\_soziales/ehrenamt/ehrenamtsportalI/ehrenamt\\_angebote\\_neu/ehrenamtsportal\\_angebote\\_neu.asp?art=sport](http://www.aachen.de/DE/stadt_buerger/gesellschaft_soziales/ehrenamt/ehrenamtsportalI/ehrenamt_angebote_neu/ehrenamtsportal_angebote_neu.asp?art=sport)

<https://www.duisburg.de/service/test/ehrenamt.php>

Wir halten die Einführung eines derartigen Portals auch für Goch als sehr sinnvoll und beantragen daher:

1. Die Verwaltung möge die rechtlichen Rahmenbedingungen (Datenschutz, etc.) zur Einführung eines derartigen Portals prüfen.
2. Die Verwaltung möge die Kosten zur Einführung und die Kosten der laufenden Pflege des Portals ermitteln.
3. Die Verwaltung möge prüfen, wie lange die Einführung eines derartigen Portals, von der Planung bis zur Veröffentlichung dauert, und ob zu Punkt 1 und 2 weitere Kosten entstehen.
4. Die Verwaltung möge ein Konzept inkl. Kosten- und Zeitaufwand dem zuständigen Fachausschuss zur abschließenden Beratung und Entscheidung vorlegen.

Wir gehen davon aus, dass dieser Antrag in dem Ausschuss „Digitalisierung und Schule“ als zuständiger Fachausschuss beraten wird.

Wir würden es begrüßen, wenn dieser Antrag eine breite politische Mehrheit finden würde.

Für Rückfragen und weitere Erläuterungen stehen Ihnen die Unterzeichner gerne zur Verfügung.

---

Udo Wennekers  
Fraktionsvorsitzender BFG

---

Kathrin Krystof  
Fraktionsvorsitzende Grüne

---

Christian Peters  
Fraktionsvorsitzender FDP